

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.00 Mk., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 92A.

Die Anzeigengebühren betragen für die sechsgefaltene Postzeit oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 12.

Sonnabend, den 15. Januar 1916.

23. Jahrg.

Mißerfolge des Vierverbandes.

Von Richard Gädke, früherer Oberst.

Das Ende des vergangenen Jahres und der Beginn des neuen haben den Heeren des Vierverbandes eine Reihe von Misserfolgen gebracht, die den regierenden Männern den Gedanken wohl nahelegen könnten, ob es nicht Zeit sei, dem aussichtslos gewordenen Kriege ein Ende zu machen. Ihre Länder sind in weiter Ausdehnung von unseren Streitkräften besetzt und verwaltet, die Verbindung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns mit seinen Bundesgenossen im Südosten ist hergestellt, der Versuch unserer Aushungerung ist mißglückt, die Hoffnung auf Erschöpfung an Kriegsvorräten und Menschen ist trügerisch. Gewiß, die Heere der Gegner sind noch nicht niedergedrungen, ihre Widerstandskraft noch nicht endgültig gebrochen, aber alle kriegerischen Ereignisse des letzten Jahres und insbesondere die der letzten drei Wochen mühten ihnen die Ueberzeugung eingeprägt haben, daß sie nicht mehr instand sind, die gegenwärtige für uns günstige Lage noch entscheidend ändern zu können.

Nehmen wir zunächst die Angriffe der russischen Heere in Ostgalizien und an der Grenze der Bukowina vor. Entsprungen waren sie augenscheinlich dem Wunsche, einen mittelbaren Einfluß auf den Gang der Dinge auf dem Balkan zu gewinnen, nachdem sich der unmittelbare Angriff auf Bulgarien als untunlich herausgestellt hatte. Insofern verfolgten sie einen vorwiegend politischen und demagogischen Zweck; sie wollten feindliche Kräfte zersplittern. Aber natürlich versuchten sie, wie jeder Angriff, an Ort und Stelle eine Entscheidung zu erzwingen. Da stellte sich nun alsbald heraus, daß das weite Reich nach einer mehrmonatigen Vorbereitung noch immer nicht die nötigen Waffen hatte bereitstellen können, um solche Angriffe aussichtslos zu machen, und sodann, daß die Heeresleitung aus ihren bisherigen Misserfolgen nichts gelernt hatte; endlich, daß die Truppen nicht besser, sondern schlechter geworden waren. Wieder mühten die auf die Schlachtbank geführten Scharen mit Verwundungen durch Tücheressen vorgetrieben werden. Diese Tücheressen-Regimenter versagten nachher aber ebenso, wie die vorwärtsgejagten Rekruten-Regimenter, und turkestanische Regimenter sollen sogar gemeutert haben. Auch die Wirkung der russischen Artillerie hatte nicht zugenommen, die Verluste der österreichisch-ungarischen Verteidiger waren trotz dem Trommelfeuer verhältnismäßig gering. Die höhere russische Führung zersplitterte sich in tastenden, unsicheren Versuchen, bald hier bald dort, zu einem großen einheitlichen Angriff fehlten ihr augenscheinlich die Kräfte. Der Hauptnachdruck wurde — aus politischen Gründen jedenfalls — auf den äußersten rechten Flügel der Armee Pflanzers-Balkin geworfen, der aber wegen der Nähe der rumänischen Grenze nicht zu umfassen war, und auch hier beschränkte sich der Sturm auf dem nur 26 Kilometer breiten Raum Raganice-Totorouh-Orna, oft aber viel geringeren Strecken. Dazwischen wurden dann wieder Vorstöße weit gegen die Inseits-Front, bald gegen die untere Strapa oder gegen deren mittleren Lauf unternommen, die in ihrer Vereinzelung sämtlich scheiterten. Die am 23. Dezember eingeleitete Offensive erreichte ihren Höhepunkt in den Tagen des 27. bis 29. Dezember, sie wandte sich am 30. und 31. Dezember gegen den linken Flügel der Armee Pflanzers-Balkin, während sie an der bekarabischen Grenze auch abstaute, kehrte am 1. bis 4. Januar wieder zu der letzteren zurück, mit Nebenangriffen an anderen Punkten, ließ am 5. und 6. Januar erneut nach, machte am 7. Januar einen Verzweigungsversuch an der Strapa, nördlich Buczag, und ist am 8. und 9. Januar, fast völlig eingeschlafen. Das Ergebnis der siebzehntägigen Kämpfe sind sehr starke Verluste des russischen Heeres, während die Front unserer Verbündeten unverändert fest steht und insbesondere Czernowik, die nur 11 Kilometer hinter der Front gelegene Hauptstadt der Bukowina, nicht genommen werden konnte. Zum zweitenmal seit dem Spätsommer 1915 ist also der Ansturm der Russen gegen die Südostfront unserer Verbündeten völlig mißglückt. Schon machen sich Stimmen im russischen Lager bemerkbar, die erst für den Frühommer des Jahres einen neuen Angriff erwarten, nachdem die solange schon angekündigten neuen Streitkräfte des weiten Reiches organisiert und ausgebildet wären. Aber es ist sehr zweifelhaft, ob Rußland aus seiner Bevölkerung noch große angriffsfähige Massen herausziehen kann. Der Raubbau, der dort mit den Menschenvorräten getrieben wurde, mühte ein anderes Volk erschöpfen; der russische Despotismus aber ist an sich nicht imstande, die Bevölkerung auch nur annähernd in gleichem Maße für den Krieg nutzbar zu machen, wie es in Deutschland — aber bei schwächerer Gesamtkraft, auch in Frankreich — möglich ist. Die 170 Millionen Rußlands wegen nicht so schwer wie die 68 Millionen Deutschlands.

Moralisch und ungünstiger als jene verfehlte Offensive wirkt der Abzug der Franco-Engländer von der Südspitze der Gallipoli-Halbinsel in der Nacht vom 8. Januar. Die Aufgabe des Dardanellen-Abenteurers mit all seinen für den Vierverband trübenden moralischen und politischen Folgen war dem Wesen nach bereits in der Nacht vom 18./19. Dezember

entschieden, als die englischen Hauptmassen die Stellungen von Anaforta und Anzac fluchtähnlich verließen. Aber man sucht noch den Schein zu retten und auf gläubige Gemüter Eindruck zu machen. Am 22. Dezember noch verschärkte Mr. Asquith im Unterhause: „Der Rückzug von der Suwlabai und der Anzaczone bedeutet nicht ähnliche Operationen bei Kap Helles, wo wir den Eingang der Meerengen beherrschen.“ Und nun ist das Ende da! Aber diesmal nicht freiwillig! Seit dem Ende des vorigen Jahres wurde das türkische Geschütze immer heftiger und verlustreicher, es betrieb von der asiatischen Seite aus den Rücken der englisch-französischen Stellung und zerstörte stellenweise die Landungsstege. Minen, Fliegerbomben legten die Verteidigung des engen Raumes mehr und mehr lahm; die Lage wurde unhaltbar, der in immer drohendere Nähe rückende Sturm der Türken mühte zur Katastrophe führen, der Abzug im Schutze der Nacht war die letzte Rettung der Truppen. Er wurde dann auch diesmal wieder geschickt ausgeführt, wenn er wohl auch mehr als einen Mann Verluste gekostet haben wird. Daß man reiche Vorräte zurücklassen mußte, wie schon am 18. Dezember, ist selbstverständlich. Ihre Zurückschaffung hätte die ganze Operation in Frage gestellt.

Nun ist die Meerenge frei, und das ist ein großer Vorteil für die Türken. Nun ist die Bedrohung Konstantinopels endgültig beseitigt und wird auch in diesem Krieg nicht wieder versucht werden; nun ist die Verbindung von Hamburg bis Bagdad ungehindert, starke Teile des türkischen Heeres sind frei für andere Aufgaben.

Hamburg-Bagdad! Auch am östlichen Ende dieser Bahnlinie wird der Misserfolg der Engländer immer ausgesprochen. Am 24. und 25. November brach ihr Versuch, Mesopotamien und seine Hauptstadt Bagdad in aller Stille zu erobern, in der verlustreichen Schlacht bei Ktesiphon zusammen. In einem Zuge mußten sie 160 Kilometer bis zu dem am nördlichen Tigrislinie gelegenen Kut-el-Amara zurückgehen. Hier ließen sie unter dem Schutze von Festungswerken eine Nachhut von 10 000 bis 12 000 Mann zurück,

während der Rest noch 70 Kilometer weiter bis zu dem am zweiten Tigrislinie (rechtes Flußufer) liegenden Mit-Gharbi wich, wo offenbar eine neue Nacht versammelt werden sollte. Die Türken folgten rasch und erreichten schon am 4. Dezember Kut-el-Amara, wo sie in täglichen Gefechten die Engländer mehr und mehr zusammendrängten und auf ihre letzten Verteidigungswerke zurückwarfen. Sie überschritten etwa am 23. Dezember trotz der englischen Flußmonitore den Tigris und schloßen den Gegner auch von Süden her ein, während gleichzeitig eine Deckungsarmee auf Scheit-Said, 35 Kilometer südlich, vorgehoben wurde. Gegen diese griff die neu verstärkte englische Streitmacht am 6. und 7. Januar an und holte sich eine blutige Niederlage; sie mußte mit außergewöhnlich großen Verlusten wieder zurückweichen. Das Schicksal von Kut-el-Amara scheint hiernach letzten Endes durch Aushungerung besiegelt zu sein.

Die hier auf beiden Seiten verwandten Streitkräfte sind offenbar nicht mehr ganz unbedeutend, zu dem moralischen Misserfolg gesellt sich also der materielle. Der schon jetzt entfaltete Volkskrieg im westlichen Persien wird wahrscheinlich einen neuen Aufschwung nehmen.

Es ist kaum nötig, darauf hinzuweisen, welche Werte am unteren Zweistromland und an den Nordufern des Persischen Golfes für England auf dem Spiele stehen.

Und dazu kommt nun die nie ruhende Sorge um Ägypten und den Suezkanal —

Werfen wir schließlich noch einen Blick auf den Balkan. So bemerken wir, daß die umfassende Angriffsbewegung der Oesterreicher gegen Montenegro, nach kurzer Unterbrechung, trotz Eis und Schnee und himmelstarrer Berge, in den letzten Tagen wieder Fortschritte gemacht hat, die von den Montenegrinern nicht geleugnet werden. Beide Teile meißeln jetzt auch österreichische Angriffe von Südwesten, das heißt von der Küste her. Auch hier scheint das Ende in bereits absehbarer Entfernung zu liegen. Man kann die Nachricht von Friedenssehnsucht König Nikitas für glaubhaft halten.

Von den Kriegsschauplätzen.

Nach heldenhaftem Widerstand der Montenegriner ist nun auch die Hauptstadt Cetinje in die Hände unserer Verbündeten gefallen. Damit ist auch das Schicksal Montenegros besiegelt, da mit Cetinje der Kreuzpunkt der großen montenegrinischen Landstraße dem Gegner abgenommen ist. Eine wichtige Weglinie führt von hier aus nach Niksic, eine zweite nach Podgorica und eine dritte zur Adria nach Antivari und Dulcigno. Wie über Genf gemeldet wird, sollen Podgorica und Antivari bereits geräumt sein; das ließe daraus schließen, daß Montenegriner Niksic mit allen Kräften zu verteidigen beabsichtigen. Auf der anderen Seite aber würde das für die Montenegriner die große Gefahr der Umzingelung in sich bergen.

Die Vierverbandspresse liegt sich jetzt angefaßt der Niederlage Montenegros wieder in den Haaren. Die Pariser Blätter äußern sich wegen der Einnahme des Lowcen besorgt über das Schicksal Montenegros und lassen deutlich ihren Unwillen über Italien durchblicken. So schreibt der „Temps“: Wir können uns keinen rechten Begriff machen von den Gründen, die Italien an der Hilfeleistung gehindert haben sollten. Selbst unter Nichtachtung der Gründe und des Gefühls, die es ihnen fast zur Pflicht hätten machen sollen, wäre es in ihrem eigenen Interesse gewesen, die Oesterreicher sich nicht an der Adria ausbreiten zu lassen. Im „Echo de Paris“ weist Marcel Hutin darauf hin, daß jetzt auch die Serben in Albanien sehr bedroht seien. Die Alliierten hätten in dieser Lage eine schwere Verantwortung. Ganz besonders das italienische Ansehen in der Adria sei getroffen, denn die drohenden Angriffe der Mittelmächte würden besonders auf die Besitzergreifung von Durazzo, San Giovanni di Medua und Skutari zielen. Man mühte schon ein außerordentlicher Optimist sein, um sich vorzustellen, daß die Alliierten für Montenegro und Albanien tun könnten, was ihnen nicht rechtzeitig bei Serbien gelungen sei. Im „Petit Parisien“ fragt Oberstleutnant Roussel, warum man nicht rechtzeitig die Vorteile benutzte, die der mächtige Lowcenberg bietet, um zu Ponte-Cottara zu erreichen. Heute bedauert

es die „Idea Nazionale“. Wir auch, sagt Roussel, aber es ist zu spät. Ob noch eine Unternehmung möglich ist, die dem tapferen Bergvolke das Schicksal Serbiens ersparen würde, das zu prüfen, ist vor allem Italiens Sache. Denn es handelt sich nicht mehr um die mehr oder weniger hypothetische Bedrohung durch Bulgarien, sondern Oesterreich-Ungarn schießt sich an, an der Adriatische Fuß zu fassen. Man jagt uns, daß in Rom die Erregung ziemlich lebhaft sei; ich glaube es gern, aber wenn sie sich in kräftige Entschlüsse umsetzte, brauchte man sie nicht zu bedauern. Hervé ruft in seiner „Victoire“ nach Hilfe für Montenegro. Ich weiß nicht, schreibt Hervé, wie es die Oesterreicher und Deutschen machen, aber sie haben immer Leute, um die Offensiven zu ergreifen, oder vielmehr ich weiß es doch: Sie graben sich gegenüber unseren Linien ein, spiden ihre Gräben mit Tausenden von Maschinengewehren, wodurch sie trotz ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit immer ein Operationsheer haben, das sie bald gegen uns, bald gegen Rußland, gestern gegen Serbien, heute gegen Montenegro ansetzen. Herrscht denn bei uns Mangel an Einheitlichkeit und Anstrengungen oder Mangel an Verständigung zwischen den Generalstäben? Oder behalten wir zuviel Truppen in den Gräben? Niemals haben wir da, wo es zur Stunde nötig ist, ein Operationsheer, um gegen den Feind Schlüge zu führen. Wir hatten nicht genug Truppen, um die Dardanellen zu besetzen. Wir konnten nicht rechtzeitig ein paar 100 000 Mann finden, um Serbien zu retten. Heute sind wir aus Mangel an 20 000 Mann auf dem Wege, die Montenegriner vernichten zu lassen. Wann endlich werden wir aus diesen grauenhaften Lektionen lernen? Heda, Ihr Freunde in Italien, schlaft Ihr?“

Die englische Presse weist die Vorwürfe der italienischen Zeitungen über die Aufgabe Gallipolis zurück und meint sarkastisch, daß die italienische Presse mit derselben Aufregung eines Freundes der Verbündeten uns das Recht zugehört, uns darüber zu verwundern, daß Italien den Versuch einer wichtigen Stellung, wie des Lowcen, haben konnte, ohne einen Versuch zu machen, Montenegro bei der Verteidigung entsprechend zu unterstützen. Italien hat

an der Erhaltung Montenegro's ebenjoviel Interesse wie England an der Oeffnung der Dardanellen.

Der Notenwechsel zwischen der britischen und deutschen Regierung über den „Baralong“-Fall wird jetzt veröffentlicht. Die deutsche Regierung erklärt in ihrer Antwort auf die englische Note, daß sie sich genötigt sieht, die Mordung der ungeführten Ermordung deutscher U-Bootleute selbst in die Hand zu nehmen.

Unter der Ueberschrift: „Ein Weg zum Frieden für Rußland“ erhält die „Zürcher Post“ Ausführungen, die, wie es heißt, ohne Zweifel die Auffassung größerer russischer Kreise wiedergeben. Als das wesentlichste Ziel der russischen äußeren Politik bezeichnet der Schreiber den Besitz einer das ganze Jahr eisfreien Küste am offenen Meer, ein Ziel, das sie auch von diesem Kriege erhoffte. Der bisherige Verlauf des Krieges, sagt der Artikel, läßt der Hoffnung auf sichere und rasche Erreichung dieses Zieles wenig Raum.

Die Kriegslage.

Wien, 14. Januar. Russisch wird berichtet: Russischer Kriegsschauplatz.

Der Feind vermindert seit gestern sehr merklich, unsere beharrliche Front bei Tchorow und östlich von Marange zu durchbrechen. Er unternahm fünf große Angriffe, deren letzter in die heutige Morgenstunden fiel. Er mußte aber jedesmal unter den schwersten Verlusten zurückgehen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

In der Gegend von Bergamo ereignete sich nicht von Bedeutung, Einzelne Punkte bei Ralborgh und Ralbi hatten unter feindlichem Geschützfeuer. Die Tätigkeit der italienischen Flieger erweist sich auch auf dem Raum von Triest. Eine am Spirano abgeworfene Bombe verursachte keinen Schaden.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Die Montenegriner haben unter Verzichtgabe ihrer Ansprüche an allen Punkten ihrer Süd- und Westfront den Rückzug angetreten. Unsere Truppen sind in der Verfolgung über die Linie Dubau-Senja-Grad-Grubowa hinausgedrückt und drängen auch südlich von Dleca und bei Kostovac ins montenegrinische Gebiet ein.

Gegen Frankreich und Belgien.

Der wiedergewählte französische Kammerpräsident, Deschanel, hielt bei Eröffnung der Kammer eine Rede, in der er sagte: Um die Unabhängigkeit der Welt von fremden wuchernden Colonialmächten abzuwehren, muß Deutschland ihre unzulässigen und berechtigten Forderungen als Fortschrittsthemen hinzunehmen und glauben zu machen, daß Frankreich mächtig sei. Sie werden es nicht zulassen, daß man ihren Beschlüssen nach dem Charakter ihrer Verhandlungen eine solche Wichtigkeit gibt.

Aufammenfassung der von Deutschland zu Lande und zu Wasser angeblich begangenen Verbrechen fuhr Deschanel fort, unser Soldat weiß ebenso wie unsere tapferen Verbündeten, daß der Friede, von dem kürzlich der Reichskanzler im Deutschen Reichstag sprach, ein Signal zu dem unaufhörlich wieder aufflammenden Kriege sein würde, in dem die kommenden Geschlechter ebenso ihr Blut vergießen müßten.

Gegen England.

Die englische Wehrpflicht.

Im Unterhaus erklärte Unterstaatssekretär Tennant auf eine Anfrage, die Abgänge in der Infanterie betrügen monatlich 15 Proz. In der Debatte über die Dienstbill sagte Minister Henderson, er wisse von Lord Ritchner und dem Generalstab, daß nicht nur die angemeldeten Unverheirateten und Verheirateten sofort gebraucht würden, sondern auch der ganze verfügbare Rest von 650 000 Mann, die bisher sich auf Verhays Melbung nicht meldeten. Selbst dann fehlten noch Soldaten, die durch weitere Freiwilligen-Anwerbung beschafft werden müßten.

Die Verarbeiter gegen das Wehrgesetz.

„Daily Telegraph“ meldet: Die Abstimmungen der Bergarbeiterverbände über die Dienstpflichtsbill ergaben 72 000 Stimmen dagegen und 40 000 dafür. Der ausführende Ausschuss beschloß demgemäß, der Nationalkonferenz der Bergleute eine Entschliessung vorzulegen, die den schärfsten Widerstand gegen die Bill und gegen jede Form des Staatszwanges ankündigt.

Die Internierung der englischen U-Boot-Mannschaft in Holland.

Im Unterhaus fragten Swift und MacNeill: 1. Ob die Besatzung des englischen U-Bootes G 17 von der Niederländischen Regierung interniert worden sei. 2. Wenn dies der Fall sei, ob die Internierung gegen das Völkerrecht sei und ob sich die Haager Konvention 10. Artikel 13, der von der Internierung handelt, nur auf die Besatzungen von Schiffen bezieht, die vom Feinde zerstört wurden.

Der Balkankrieg.

Die Entente-Truppen in Griechisch-Mazedonien.

Nachrichten aus Saloniki zufolge hielten die englischen und französischen Truppen ihre Stellungen auf dem rechten Ufer des Wardar-Flusses bis Jenadie aus. Französische Vortruppen drangen westlich bis zur Straße nach Boden a vor. Die englisch-französischen Truppen beabsichtigen augenblicklich die Höhen bei Kodena zu überschreiten und Griechenland in der Richtung Florina-Vittoria von der Außenwelt abzuschneiden.

Drei weitere Brücken in die Luft gesprengt.

„Agence Havas“ berichtet: Laut Blättermeldungen wird in militärischen Kreisen die Zerstörung der Brücke von Demir-Hissar als unumgänglich erachtet für die Sicherheit der Truppen der Alliierten, weil die Wahrscheinlichkeit eines bulgarisch-deutschen Angriffs sehr groß ist. Die griechischen Truppen in Mazedonien werden sich nimmer über Kavalla verprovisionieren, da die Verbindungen mit Saloniki und den übrigen Teilen Mazedoniens unterbrochen sind.

Neue Verhaftungen.

Die „Agence Havas“ berichtet, daß der mit der Obhut der Archive des türkischen Konsulats in Paris betraute türkische Beamte Salid Bei zum Zweck von Repressalien festgenommen wurde. Auch Frau und Kinder des Beamten wurden verhaftet.

Nachwirkungen der diplomatischen Attentate.

Infolge der Veröffentlichung der Briefe aus dem Versteck des britischen Hauptmannes Kapier haben der Legationssekretär Garnett, der Vizekonsul Sir Bellis und der Oberingenieur Watson die Konsulatsgebäude der englischen Botschaft in Athen zugesperrt waren. Athen plötzlich verlassen. Bellis hat sich für seine Abreise nach Korinth wegen eines Entzugs entschieden.

Der Belagerungsstand.

In den griechischen Hafenstädten bereits verhängt worden.

Der Seetrieg.

Dürfen Handelschiffe bewaffnet sein? Der amerikanische Geschäftsrat des Kapitäns erlaubt die Bewaffnung des amerikanischen Dampfers „Giuseppe Verdi“ mit zwei Kanonen an Bord, nachdem der Kapitän die Zustimmung gegeben hat, daß die Kanonen nur zur Verteidigung gebraucht werden würden.

Als grundsätzliche Entscheidung ist dieser Fall sehr wichtig, weil dadurch die von England vertretene Auffassung, daß die von U-Booten angegriffenen Schiffe mit Nichtkämpfern, also Handelsschiffe, das Recht haben, sich zu verteidigen, offenbar in Washington die Oberhand gewonnen hat.

Die Kämpfe im Orient.

Dem Verdienst die Krone.

Italien verspricht Esad die Königskrone von Albanien für seine militärische Mithilfe.

Das türkische Hauptquartier.

Berichtet unterm 13. Januar: An der Kaukasusfront griff der Feind südlich des Aras-Flusses zwischen Tahir und Wali Baba und nördlich Aras (zwischen Koutel und Harman-Guapaf) in der Nacht vom 11. zum 12. Januar mit einer bedeutenden Streitmacht heftig unsere vorgeschobenen Stellungen im Zentrum an; er erlitt aber infolge unseres Gegenangriffs einen vollständigen Mißerfolg.

Deutsche Flieger am Suezkanal.

Aus Alexandria wird berichtet, daß das Erscheinen deutscher Flieger über Port Said große Beunruhigung hervorgerufen habe. Die Flieger haben Proklamationen herabgeworfen.

Die Türken in Persisch-Hermandschah.

Wie die Agentur Milli erzählt, sind türkische Truppen in Hermandschah (Persien) eingezogen. Sie wurden von der Bevölkerung der Stadt mit Kundgebungen empfangen. Die Stadt ist besetzt; aus der Umgebung strömen Stämme herbei, um die Türken willkommen zu heißen.

Der mißglückte englische Vormarsch in Mesopotamien.

Der Kriegsberichterstatler der britischen Presse in Mesopotamien meldet aus Basra vom 10. Januar: Der Vormarsch des Generals Palmer aufwärts des Tigris, um sich mit General Townshend bei Ant-el-Amara zu vereinigen, stieß auf sehr heftigen Widerstand. Am 7. und 8. Januar fanden sehr schwere Gefechte bei Sheikhasaad statt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wie man neue Steuern abwägt. Schatzsekretär Helfferich sagte in seiner Stenerrrede am 20. Dezember im Reichstage: „Wenn es sein muß, wird auch der deutsche Kapitalismus das Geld hergeben, nicht nur für 5 Prozent, sondern in Form von Steuern, die keine Zinsen bringen.“

Henkel's Bleich-Soda

ist der beste und billigste Ersatz für Seife

Die Hälfte der Seife wird gespart, wenn die Wäsche vor dem Waschen in Henkel's Bleich-Soda in lauwarmem Wasser eingeweicht wird, denn Henkel's Bleich-Soda bewirkt ein schnelles Lösen aller Schmutzstoffe aus der Wäsche. Mithin wird das Waschen

wesentlich billiger

und mit weniger Arbeit wird eine ebenso reine und weisse Wäsche erzielt.

Henkel's Bleich-Soda

ist das vorzüglichste Reinigungsmittel für Fussböden, Metall-, Holz- und Küchengeräte, sowie beim allgemeinen Hausputz u. ist nur in Originalpackungen

mit dem Namen HENKEL und der Schutzmarke „Löwe“ HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Eine Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Nutzbaumholz und stehenden Walnuzbäumen tritt mit dem 15. Januar dieses Jahres in Kraft.

199

Altona, den 15. Januar 1916.

Stellvert. Generalkommando IX. Armeekorps.

Deutscher Transportarbeiterverband
Zahlstelle Lübeck.

Todes-Anzeige!

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Joachim Ahrendt

Lehrer

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 17. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Dorfweser Friedhofes aus statt. Veranlassung des Todes am 8 Uhr im „Wagen Stroh“. Um rege Beteiligung erbitte

Der Vorstand.

Empfehle mein Lager von Essig, Essigsprit etc. Tafelsenf, Salzgurken Deutsch. Maizena, „Baur“ etc.

Ludw. Wiegels, Fischer-Graben 60. Fernsprecher 8647. (211)

Drucksachen aller Art liefert schnellstens Buchdr. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 16.

Artigsstücke, Jackenbucrer Allee 10.
Montag: Wästelweiner. — Dienstag: Federhüte mit dunkelem Netz. — Mittwoch: Grünfuch mit Grauen und Fuch. — Donnerstag: Weißfuch und Saumelweiner. — Freitag: Gemüde mit Grauen. — Sonnabend: Wästelweiner. Änderungen vorbehalten. Preis 25 Pfg. Ausgabe an jedermann, doch sind Karten aus vorherigen Tagen zu lösen. (215)

Arbeiterinnen

für die Braterei und Marinieranstalt sucht **F. A. Rieck**, Sorbedstr. 11. (214)

Al. Vaden u. 2. Jim. Wahn in der Fährstraße 88 ist, sein 1. April zu veranlassen. (216)

1. F. A. Rieck, Sorbedstr. 11. (214)

Metz. Seemannsverein am 16. Januar, von 1 Uhr ab: (201) Dr. Jos. Schmidt, Dr. Paul. Wästelweiner u. Dr. H. A. G. (210)

J. H. Pein Am Markt 12. Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige Manufakturwaren — Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunen Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Lehnungs-Ferndruck werden hergestellt in der **Lehnungs-Ferndruck** (217)

General-Versammlung

der **St. Gertrud-Schweinegilde** am Sonntag, dem 16. Januar abends 8 Uhr im Lokal des **Kon-Lauerhof**.

1. Vorstand: (218)

Wohltätigkeits-Verlosung

des **Landeskriegerverbandes Lübeck**. Ziehung am 7. Februar 1916. Der Erlös ist ausschließlich zur Unterstützung der bedürftigen Kameraden bestimmt.

Preis des Loses 50 Pfg.

1. Hauptgewinn: 1. Klasse	500.— M.
2. Hauptgewinn: 2. Klasse	300.— M.
3. Hauptgewinn: 3. Klasse	100.— M.
4. Hauptgewinn: 4. Klasse	100.— M.
5. Hauptgewinn: 5. Klasse	60.— M.
6. Hauptgewinn: 6. Klasse	50.— M.
7. Hauptgewinn: 7. Klasse	50.— M.
8. Hauptgewinn: 8. Klasse	40.— M.
9. Hauptgewinn: 9. Klasse	30.— M.
10. Hauptgewinn: 10. Klasse	20.— M.
11. Hauptgewinn: 11. Klasse	10.— M.
12. Hauptgewinn: 12. Klasse	5.— M.
13. Hauptgewinn: 13. Klasse	3.— M.

Der Vorstand.

Frische

Marmeladen

besonders billig!

5-Pfund-Eimer	Frischobst-Marmelade	2.65
5-Pfund-Eimer	Apfel-Marmelade	2.65
5-Pfund-Eimer	Pflaumen-Marmelade	2.90
5-Pfund-Eimer	Erdbeer-Marmelade	3.90
5-Pfund-Eimer	Aprikosen-Marmelade	3.90

Feinste **Albert-Keks** Paket 30⁴

Rudolph Karstadt.

Zahn-Praxis **WILLY KOCH** Lübeck, Holstenstr. 21, I. (204)

Betten-DuVe liefert bestens u. billigst. 208 Gr. Burgstr. 32.

Metropol. Rathaus gegenüber. **Das Geheimnis von D. 14.** Detektivschlager in 4 Akten. **Das Märchen vom Glück.** 3 Akte. Hauptrolle: Lissi Lebuschka. **Eine Liebesgabe.** 2 Akte. Ein guter Kamerad. (218)

Volkstüchle. 182
Montag, d. 17. Januar: Reismehlweine, gel. Weizenmehl, Saurefisch und Kartoffeln.
Dienstag, 18. Januar: Reismehl, Waben und Kartoffeln.
Konzerthaus
● Zaubrerflöte. ●
● Täglich Besichtigungskonzert ●
● Damenkapelle ●
● D'Ulmer Spatzen ●
● 6 Damen. 1 Herr. ●
● Wochentags Abf. 7 Uhr. ●
● Sonntags 4. ●
● 1907. L. Koch. ●

Verein der Musikfreunde in Lübeck.
16. volkstümliches Konzert
Mittwoch, den 19. Januar 1916 abends 8 Uhr im Kolosseum.
Leitung: (197) Musikdirektor Carl Waack.
Zur Aufführung kommen u. a.:
Wagner: „Lohengrin“ - Vorspiel und feierlicher Zug z. Münster.
Smetana: Die Moldau, symphonische Dichtung.
Geleitwort: Sakuntala.

Stadttheater. 212

Sonabend, 15. Januar 1916:
Auf Befehl der Kaiserin
Operetten-Idyll von B. Granichstaedten.
Sonntag, den 16. Januar 1916:
Nachm. 3 Uhr:
Das Wunder in der heiligen Nacht.
Weihnachtsmärchen von L. Kastner.
Abends 7 1/2 Uhr:
Tannhäuser.

Oper von Rich. Wagner.
Dienstag, 18. Januar 1916:
Anfang 8 Uhr:
Fritzchen u. Lieschen
Singspiel von J. Offenbach.
In Zivil.
Schwank von G. Fedler.
Die Puppenfee
Gr. Ballet von J. Bayer.

Sozialpolitische Debatten im Reichstag.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Südbayer Volksboten“.)

Berlin, 14. Januar 1916.

20. Sitzung, Vormittags 11 Uhr.

Im Bundsrat: Kommissionen. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen. Auf der Tagesordnung steht zunächst kleine Anfragen.

Abg. B. J. (K.) fragt, ob der Reichsanwalt in der Lage und bereit ist, über die widerrechtliche, völkerrechtswidrige Verhaftung des deutschen Konsuls in Saloniki durch den französischen Oberkonsulnördlichen nähere Mitteilungen zu machen.

Direktor im Auswärtigen Amt Hr. v. Stumm: Der unerhörte Völkerrechtsbruch der Verhaftung der deutschen, österreichischen, bulgarischen und türkischen Konsuln, die aufeinander nach Frankreich überführt worden sind, bildet ein neues Glied in der endlosen Kette von Verletzungen des Völkerrechts, deren sich gerade die Mächte schuldig gemacht haben, die sich stets als Beschützer der kleinen Staaten aufspielen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Wpt.) fragt, ob dem Reichsanwalt bekannt ist, daß die Forderungen für die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich diesen erst nach mehr als einmonatiger Frist zugesandt werden, und was die Reichsregierung zu tun gedenkt, um eine Verbesserung dieser Verhältnisse herbeizuführen.

Stellv. Bundesratsvizepräsident Oederz Friedlich: Die Schuld der Verzögerungen der Postsendungen an die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich trifft nicht die französische Post allein, sondern vielfach liegt es an der Willkür der französischen Kommandanten und des unteren Personals in den französischen Kriegsgefangenenlagern.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) fragt, ob die an französische Kriegsgefangene einlaufenden Briefe nunmehr ebenfalls einer zehntägigen Sperre unterliegen. Sollte diese Maßregel nicht wirken, so beschließt die deutsche Heeresverwaltung mit Nachdruck weitere Maßnahmen zu treffen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) urteilt über die beiden von mir gestellten Anfragen sofort zu bejahen, weil die Geschäftsordnungsmäßig nicht auf die heutige Tagesordnung gestellt sind.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Sie wollen die Wahrheit erheben, Sie wollen das Volk betrogen. (Geschrei.) Präsident Dr. Kämpf ruft den Abgeordneten Dr. Liebknecht zur Ordnung.

Abg. Schiele (Kons.): Unsere hochwichtigen Landwirtschaft in Frankreich, die Ernährung Deutschlands vollkommen unabhängig vom Ausland durchzuführen. Jedoch müssen wir sparsam wirtschaften und haushalten.

Abg. Schiele (Kons.): Unsere hochwichtigen Landwirtschaft in Frankreich, die Ernährung Deutschlands vollkommen unabhängig vom Ausland durchzuführen. Jedoch müssen wir sparsam wirtschaften und haushalten.

Abg. Schiele (Kons.): Unsere hochwichtigen Landwirtschaft in Frankreich, die Ernährung Deutschlands vollkommen unabhängig vom Ausland durchzuführen. Jedoch müssen wir sparsam wirtschaften und haushalten.

Abg. Schiele (Kons.): Unsere hochwichtigen Landwirtschaft in Frankreich, die Ernährung Deutschlands vollkommen unabhängig vom Ausland durchzuführen. Jedoch müssen wir sparsam wirtschaften und haushalten.

Abg. Schiele (Kons.): Unsere hochwichtigen Landwirtschaft in Frankreich, die Ernährung Deutschlands vollkommen unabhängig vom Ausland durchzuführen. Jedoch müssen wir sparsam wirtschaften und haushalten.

Abg. Schiele (Kons.): Unsere hochwichtigen Landwirtschaft in Frankreich, die Ernährung Deutschlands vollkommen unabhängig vom Ausland durchzuführen. Jedoch müssen wir sparsam wirtschaften und haushalten.

Abg. Schiele (Kons.): Unsere hochwichtigen Landwirtschaft in Frankreich, die Ernährung Deutschlands vollkommen unabhängig vom Ausland durchzuführen. Jedoch müssen wir sparsam wirtschaften und haushalten.

Abg. Schiele (Kons.): Unsere hochwichtigen Landwirtschaft in Frankreich, die Ernährung Deutschlands vollkommen unabhängig vom Ausland durchzuführen. Jedoch müssen wir sparsam wirtschaften und haushalten.

Abg. Schiele (Kons.): Unsere hochwichtigen Landwirtschaft in Frankreich, die Ernährung Deutschlands vollkommen unabhängig vom Ausland durchzuführen. Jedoch müssen wir sparsam wirtschaften und haushalten.

Abg. Schiele (Kons.): Unsere hochwichtigen Landwirtschaft in Frankreich, die Ernährung Deutschlands vollkommen unabhängig vom Ausland durchzuführen. Jedoch müssen wir sparsam wirtschaften und haushalten.

Abg. Schiele (Kons.): Unsere hochwichtigen Landwirtschaft in Frankreich, die Ernährung Deutschlands vollkommen unabhängig vom Ausland durchzuführen. Jedoch müssen wir sparsam wirtschaften und haushalten.

Nach weiterer kurzer Bemerkungen der Abg. Fischbeck, Bachme und Heib schließt die Debatte.

Es folgt die Abstimmung über die verschiedenen Resolutionen. Die von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen werden sämtlich angenommen; gegen die Resolution, die eine Herabsetzung der Höchstpreise für Verbrauchszucker verlangt, stimmen die Konservativen.

Die Resolution der Sozialdemokraten, daß der Käufer bei Überbreitung der Höchstpreise straflos bleiben soll, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt. Abgelehnt wird auch die sozialdemokratische Resolution, die keine weitere Herabsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln verlangt, ferner die, welche die Höchstpreise für den Verkauf von Vieh ab Stall und ab Schlachthofmarkt aufzuheben verlangt und ebenso die Resolution auf Einführung einer Fleischsteuer, die den Verbrauch regelt.

Angenommen wird die sozialdemokratische Resolution, zu erwägen, in welcher Weise ein zweckmäßigster den Gemeinden die Zufuhr des unbedingt notwendigen Fleischwursts durch Beschlagnahme gesichert werden kann und dann diese Sicherung sofort durchzuführen.

Es folgt die Erweiterung über verschiedene Resolutionen und Anträge der Kommission sozialpolitischen Inhalts. (Bericht erstatter Graf Westarp.)

Abg. Graf Westarp (Soz.): Wenn man von den Opfern des Krieges spricht, blüht man zuerst nach den Schlachtfeldern. Aber auch in der Heimat erfordert der Krieg große Opfer. Schon im Kriegsjahre 1907/08 war der Rückgang der Geburten ein erheblicher, und in diesem Jahre wird es noch schlimmer sein.

Abg. Graf Westarp (Soz.): Wenn man von den Opfern des Krieges spricht, blüht man zuerst nach den Schlachtfeldern. Aber auch in der Heimat erfordert der Krieg große Opfer. Schon im Kriegsjahre 1907/08 war der Rückgang der Geburten ein erheblicher, und in diesem Jahre wird es noch schlimmer sein.

Abg. Graf Westarp (Soz.): Wenn man von den Opfern des Krieges spricht, blüht man zuerst nach den Schlachtfeldern. Aber auch in der Heimat erfordert der Krieg große Opfer. Schon im Kriegsjahre 1907/08 war der Rückgang der Geburten ein erheblicher, und in diesem Jahre wird es noch schlimmer sein.

Abg. Graf Westarp (Soz.): Wenn man von den Opfern des Krieges spricht, blüht man zuerst nach den Schlachtfeldern. Aber auch in der Heimat erfordert der Krieg große Opfer. Schon im Kriegsjahre 1907/08 war der Rückgang der Geburten ein erheblicher, und in diesem Jahre wird es noch schlimmer sein.

Abg. Graf Westarp (Soz.): Wenn man von den Opfern des Krieges spricht, blüht man zuerst nach den Schlachtfeldern. Aber auch in der Heimat erfordert der Krieg große Opfer. Schon im Kriegsjahre 1907/08 war der Rückgang der Geburten ein erheblicher, und in diesem Jahre wird es noch schlimmer sein.

Abg. Graf Westarp (Soz.): Wenn man von den Opfern des Krieges spricht, blüht man zuerst nach den Schlachtfeldern. Aber auch in der Heimat erfordert der Krieg große Opfer. Schon im Kriegsjahre 1907/08 war der Rückgang der Geburten ein erheblicher, und in diesem Jahre wird es noch schlimmer sein.

Abg. Graf Westarp (Soz.): Wenn man von den Opfern des Krieges spricht, blüht man zuerst nach den Schlachtfeldern. Aber auch in der Heimat erfordert der Krieg große Opfer. Schon im Kriegsjahre 1907/08 war der Rückgang der Geburten ein erheblicher, und in diesem Jahre wird es noch schlimmer sein.

Abg. Graf Westarp (Soz.): Wenn man von den Opfern des Krieges spricht, blüht man zuerst nach den Schlachtfeldern. Aber auch in der Heimat erfordert der Krieg große Opfer. Schon im Kriegsjahre 1907/08 war der Rückgang der Geburten ein erheblicher, und in diesem Jahre wird es noch schlimmer sein.

Abg. Graf Westarp (Soz.): Wenn man von den Opfern des Krieges spricht, blüht man zuerst nach den Schlachtfeldern. Aber auch in der Heimat erfordert der Krieg große Opfer. Schon im Kriegsjahre 1907/08 war der Rückgang der Geburten ein erheblicher, und in diesem Jahre wird es noch schlimmer sein.

Abg. Graf Westarp (Soz.): Wenn man von den Opfern des Krieges spricht, blüht man zuerst nach den Schlachtfeldern. Aber auch in der Heimat erfordert der Krieg große Opfer. Schon im Kriegsjahre 1907/08 war der Rückgang der Geburten ein erheblicher, und in diesem Jahre wird es noch schlimmer sein.

Abg. Graf Westarp (Soz.): Wenn man von den Opfern des Krieges spricht, blüht man zuerst nach den Schlachtfeldern. Aber auch in der Heimat erfordert der Krieg große Opfer. Schon im Kriegsjahre 1907/08 war der Rückgang der Geburten ein erheblicher, und in diesem Jahre wird es noch schlimmer sein.

Abg. Graf Westarp (Soz.): Wenn man von den Opfern des Krieges spricht, blüht man zuerst nach den Schlachtfeldern. Aber auch in der Heimat erfordert der Krieg große Opfer. Schon im Kriegsjahre 1907/08 war der Rückgang der Geburten ein erheblicher, und in diesem Jahre wird es noch schlimmer sein.

Abg. Graf Westarp (Soz.): Wenn man von den Opfern des Krieges spricht, blüht man zuerst nach den Schlachtfeldern. Aber auch in der Heimat erfordert der Krieg große Opfer. Schon im Kriegsjahre 1907/08 war der Rückgang der Geburten ein erheblicher, und in diesem Jahre wird es noch schlimmer sein.

Abg. Graf Westarp (Soz.): Wenn man von den Opfern des Krieges spricht, blüht man zuerst nach den Schlachtfeldern. Aber auch in der Heimat erfordert der Krieg große Opfer. Schon im Kriegsjahre 1907/08 war der Rückgang der Geburten ein erheblicher, und in diesem Jahre wird es noch schlimmer sein.

Abg. Graf Westarp (Soz.): Wenn man von den Opfern des Krieges spricht, blüht man zuerst nach den Schlachtfeldern. Aber auch in der Heimat erfordert der Krieg große Opfer. Schon im Kriegsjahre 1907/08 war der Rückgang der Geburten ein erheblicher, und in diesem Jahre wird es noch schlimmer sein.

Die Freitagssitzung des Reichstags begann mit der Beantwortung einer Anfrage Bassermanns über die Verhaftung des deutschen Konsuls in Saloniki; aus der Antwort ist hervorgehoben, was bisher unbekannt war, daß die deutsche Regierung in ihrem Protest Griechenland für die Sicherheit der verhafteten Konsuln verantwortlich gemacht hat. Auf eine Anfrage Dr. Müller-Meinungen erklärte die Regierung, daß die Verzögerung der Post für unsere in Frankreich gefangenen Landsleute größtenteils auf Willkür zurückzuführen ist, gegen die nötigenfalls energische Maßnahmen angekündigt wurden. — Die Debatte über die Ernährungsfragen dauerte noch ein paar Stunden, es ist jedoch aus ihr nur hervorzuheben, daß Unterstaatssekretär Michaelis ausdrücklich feststellte, von einer allgemeinen Mägenerte in Deutschland könne keine Rede sein, und daß Abg. Fischbeck noch einmal nachwies, wie auch die Konservativen mit der Schweineabschlachtung jeinerzeit ganz einverstanden waren. Jetzt wollen sie es bekanntlich nicht gewesen sein. — Bei der Abstimmung wurden alle Resolutionen unter Ablehnung verschiedener sozialdemokratischer Zusatzanträge angenommen (gegen das Verlangen nach Festsetzung von Zuckersubstitutionspreisen stimmten die Konservativen), auch ein sozialdemokratischer Antrag auf Beschlagnahme des für die Gemeinden unbedingt notwendigen Fleischwursts wurde angenommen.

Die folgende Beratung der sozialpolitischen Resolutionen brachte einige interessante Momente. Genosse Molkenbaur trat in eingehender Rede für den Ausbau des Mutter- und Kinderzuges ein, für die Gewährung von Kinderzuschüssen an Väter, die der Krieg zu Invaliden macht, und er warnte entschieden davor, bei der künftigen Gesetzgebung zur sozialen Fürsorge für die Opfer des Krieges die Zahl der zu Unterstützenden zu gering anzunehmen, welchen Fehler man in der sozialen Gesetzgebung leider öfter gemacht hat. Nach einigen, den Interessen der Handwerker, Kleinhändler und Gewerbetreibenden gewidmeten Reden von Liberalen und Zentrumsabgeordneten, besprach Genosse Brandes — das gewaltige Zunehmen der Frauarbeit im Krieg. Selbst in der schweren Eisenindustrie leisten heute Frauen anstrengendste körperliche Arbeit. Brandes mahnte auch dazu, die Arbeitsvermittlung heizt für die großen Aufgaben bereit zu machen, die ihr sofort nach dem Kriege erwachsen werden. Ministerialdirektor Caspar erkannte im Namen des Staatssekretärs Delbrück die Bedenken gegen die Ausdehnung der Frauarbeit und die Verminderung des geschäftlichen Schusses der Frauarbeit als sehr beachtenswert an. Er jagte, daß für die Frauen in der Schwerindustrie statt der üblichen 12-Stunden-Schicht die 8-Stunden-Schicht vorgezogen sei; da dies aber das Zusammenarbeiten gelehrt habe, so sei auch für Frauen die 12-Stunden-Schicht zugelassen worden. Leider äußerte sich der Vertreter des Staatssekretärs nicht über die naheliegende Frage, warum man dann nicht lieber auch für die männlichen Arbeiter die 8-Stunden-Schicht festsetzt hat! Der nationalliberale Abg. Dr. Stresemann, von Beruf bekanntlich Syndikus des sächsischen Industriellenverbandes, äußerte in der einschlägigen Weise die „Deutsche Arbeitszeitgesetzgebung“ an die Verhandlungen von Industriellen mit Gewerkschaftsbeamten als unmöglich erklärt hatte. Auch für die bekannte gegen mehr Lohn fordernde Arbeiter angewandte Drohung mit dem Schließen der Betriebe streifte er, kein Verständnis zu haben. Auch Genosse Hoch besprach die sozialpolitischen Notwendigkeiten der Gegenwart, Herr Schürer vom Zentrum desgleichen, worauf Genosse Stadthagen dafür eintrat, endlich die Sicherung der Kriegsfamilien gegen Verdrängung aus ihren Wohnungen durch hartnäckige Hausagrierer zu schaffen, die in der Zeit selbstverständlich sein müßte.

Es gab dann noch eine Debatte zwischen dem Konservativen Kreis und liberalen Abgeordneten über die Frage, ob die Entschädigungen für den Krieg mehr eine preisliche oder eine Reichsliche sei. Herr Reich beschränkt fonderbarerweise eine Beeinträchtigung der Arbeitsfreudigkeit der preislichen Beamten, wenn das Reich diese Angelegenheit regelt. In Wirklichkeit hat ja in der Tat das Reich den Wiederanstieg der Preise zu bezahlen, und was Preußen jetzt dafür nur geschickt nur vorübergehend.

Sonnabend: Altersrente, Belagerungsstand, Zensur.

„Wohr nicht!“ — „Wer hat dich entzogen und an mich geschickt?“ — „Ich weiß keinen Menschen, der dich gegen dich entzogen hat.“ — „Wohr nicht!“ — „Wer hat dich entzogen und an mich geschickt?“ — „Ich weiß keinen Menschen, der dich gegen dich entzogen hat.“

„Ich hab dich entzogen und an mich geschickt.“ — „Wohr nicht!“ — „Wer hat dich entzogen und an mich geschickt?“ — „Ich weiß keinen Menschen, der dich gegen dich entzogen hat.“

„Ich hab dich entzogen und an mich geschickt.“ — „Wohr nicht!“ — „Wer hat dich entzogen und an mich geschickt?“ — „Ich weiß keinen Menschen, der dich gegen dich entzogen hat.“

„Ich hab dich entzogen und an mich geschickt.“ — „Wohr nicht!“ — „Wer hat dich entzogen und an mich geschickt?“ — „Ich weiß keinen Menschen, der dich gegen dich entzogen hat.“

„Ich hab dich entzogen und an mich geschickt.“ — „Wohr nicht!“ — „Wer hat dich entzogen und an mich geschickt?“ — „Ich weiß keinen Menschen, der dich gegen dich entzogen hat.“

„Ich hab dich entzogen und an mich geschickt.“ — „Wohr nicht!“ — „Wer hat dich entzogen und an mich geschickt?“ — „Ich weiß keinen Menschen, der dich gegen dich entzogen hat.“

„Ich hab dich entzogen und an mich geschickt.“ — „Wohr nicht!“ — „Wer hat dich entzogen und an mich geschickt?“ — „Ich weiß keinen Menschen, der dich gegen dich entzogen hat.“

„Ich hab dich entzogen und an mich geschickt.“ — „Wohr nicht!“ — „Wer hat dich entzogen und an mich geschickt?“ — „Ich weiß keinen Menschen, der dich gegen dich entzogen hat.“

„Ich hab dich entzogen und an mich geschickt.“ — „Wohr nicht!“ — „Wer hat dich entzogen und an mich geschickt?“ — „Ich weiß keinen Menschen, der dich gegen dich entzogen hat.“

„Ich hab dich entzogen und an mich geschickt.“ — „Wohr nicht!“ — „Wer hat dich entzogen und an mich geschickt?“ — „Ich weiß keinen Menschen, der dich gegen dich entzogen hat.“

„Ich hab dich entzogen und an mich geschickt.“ — „Wohr nicht!“ — „Wer hat dich entzogen und an mich geschickt?“ — „Ich weiß keinen Menschen, der dich gegen dich entzogen hat.“



mit den europäischen Großmächten aufgestellter Staatshaushalt in Kraft tritt, werden für die Einkommensteuerpflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 2400 Mk. und für die Ergänzungsteuerpflichtigen, die nach § 8 des Gesetzes, betreffend die Berechtigung von Mitteln zu Dienstinkommensverbesserungen, vom 26. Mai 1909 (Gesetzblatt, S. 85) zu erhebenden Steuerzuschläge, wie folgt festgesetzt:

bei der Einkommensteuer:	für die Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Bergwerksunternehmen auf:	für die sonstigen Steuerpflichtigen:
in den Einkommensteuerstufen von mehr als		
2400 — 3000 Mk.	15	8
3000 — 3900 "	25	12
3900 — 5000 "	25	16
5000 — 6500 "	30	20
6500 — 8000 "	40	25
8000 — 9500 "	50	30
9500 — 12500 "	60	35
12500 — 15500 "	70	40
15500 — 18500 "	80	45
18500 — 21500 "	90	50
21500 — 24500 "	90	55
24500 — 27500 "	100	60
27500 — 30000 "	110	65
30000 — 48000 "	120	70
48000 — 60000 "	130	75
60000 — 70000 "	140	80
70000 — 80000 "	140	85
80000 — 90000 "	150	90
90000 — 100000 "	150	95
100000 Mk.	160	100

bei der Ergänzungsteuer: auf 50 Prozent der zu entrichtenden Steuer.

§ 2.
Während der Dauer der Erhebung der Zuschläge nach § 1 ist am Schluß jedes Etatsjahres aus dem Gesamtaufkommen an Einkommensteuer und an Ergänzungsteuer ein Betrag von 100 Millionen Mark zu entnehmen und zwar zur Deckung der Fehlbeträge des Etatsjahres 1914 und der nächstfolgenden Etatsjahre zu verwenden.

Dem Gesetzentwurf ist eine Begründung beigegeben, die sich mit den Darlegungen des Finanzministers Dr. Lenge im Abgeordnetenhaus deckt. Die letzte der vier Anlagen enthält eine Berechnung des zu erwartenden, auf rund 100 Millionen Mark sich stellenden Steuerertrags. Danach werden bei der Einkommensteuer aufzubringen haben:

physische Personen	54 950 000 Mk.
Eingetragene Genossenschaften	200 000 "
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	5 024 600 "
Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Bergwerksgesellschaften	26 433 400 "
von der Ergänzungsteuer	13 000 000 "
	99 608 000 Mk.

rund 100 Millionen Mark.

Aus der Partei.

Mit der Frage eines außerordentlichen Parteitag besetzt sich die „fränkische Tagespost“ in einem längeren Artikel. Unser Nürnberger Parteiblatt hält die Abhaltung eines Parteitages in der gegenwärtigen Zeit für unzulässig. Zur Begründung wird u. a. gesagt:

„Man muß doch damit rechnen, daß ein Parteitag unter diesen Voraussetzungen (schwerer Besuch infolge des Krieges) kaum das moralische Gewicht und die einwirkende Kraft haben kann, die wir dem Parteitag freudig zubilligen möchten. In all dem kommt, daß die Tagesordnung des Parteitages sehr schwer festzustellen ist; es wird nicht möglich sein, ihn auf die Mißbilligung der 20 Genossen, die zu der Erklärung Gebers im Reichstage standen, auf die Ablehnung der Redaktion des „Vorwärts“, wie auf die Festlegung der Kriegspolitik der Mehrheit der Reichstagsfraktion zu beschränken. Auch die Mitglieder der Mehrheit der Reichstagsfraktion und ihre Freunde werden es kaum ablehnen können, auch noch über einige andere wichtige Fragen Beschlüsse des Parteitages herauszufordern, man wird sich ebenso lebhaft für die Politik des Genossen Kolb wie für die des Genossen Karl Steuert interessiert, man wird um die Frage der künftigen Steuerpolitik doch nicht wie um einen heißen Brei herumgehen können, man wird in einer Zeit, wo so vieles und auch so unklare über die Neuorientierung der deutschen Politik gesprochen und geschrieben, geheimnisvoll und getuschelt wird, von dem Parteitag verlangen, daß er unschreibbar, was die deutsche Sozialdemokratie unter der Neuorientierung der deutschen Politik an sich und für die Sozialdemokratie im besonderen zu verstehen habe. Man wird zu umschreiben haben den Begriff des Disziplinbruchs und die Gefahren, die sich hieraus entwickeln können, man wird aber auch einen Ausweg zu machen haben, der sich aus dem Pflichtenkreis des Disziplinbruchs gegen Parteitagbeschlüsse ergeben kann, und man wird dann vor die schwierige und für den Parteitag gar verhängnisvolle Frage gestellt sein, ob die höchste entscheidende Behörde der Partei der Parteitag oder die Reichstagsfraktion sei.“

Neben diesen großen Fragen, um die kein nächster Parteitag herumkommen kann, wird eine nicht geringe Zahl kleiner Fragen des Interesses des Parteitages auf sich lenken, so die Methoden der Parteipolitik, der Mitarbeit an gemäßigten Zeitungen, der Mitwirkung bei nichtsozialdemokratischen Organisationen, die Wirklichkeit einzelner Parteigenossen usw. In kurzer Zeit in 6, 7 Tagen dürfte sich eine so große Tagesordnung nicht erledigen lassen, vielleicht wird das Doppelte oder das Dreifache dieser Zeit kaum genügen.

Wenn auch unbeschränkte Zeit zur Verfügung stehen sollte, so wird die Partei von diesen Verhandlungen, viellecht auch von den Beschlüssen nichts erfahren; es wird uns wohl nicht besser gehen als den Franzosen, denen ja gestattet wurde, einen großartigen Kriegsaufzug im Sinne der Regierung, aber auch sonst gar nichts von den Debatten, von den Beschlüssen, von den Reden, von dem Stärkeverhältnis der Gruppen auf ihrem Parteitag in der Presse und in Parteiveranstaltungen zu erfahren. Dadurch würde aber ein Parteitag die wichtige Kraft, nämlich die der Überzeugung verlieren. Seine Beschlüsse würden, soweit sie überhaupt praktisch werden können, der Gefahr der Auslegung ausgesetzt sein. Eine Erörterung über die Verhandlungen des Parteitages in den einzelnen Organisationen dürfte sehr erschwert, an vielen Orten ganz unmöglich sein.

Aus diesen Gründen ist der Parteitag während des Krieges auch nicht im entferntesten mit der Autorität anzusehen, aus der bisher kein Kraft, keine einwirkende Gewalt, keine politische Bedeutung, keine Richtungsgebung für die zukünftige Haltung der Parteigenossen sprach.“

Aus den Organisationen. In einer überaus stark besuchten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Bezirks der Stadt Braunschweig sprach der Reichstagsabgeordnete des Reiches, Genosse Bloß, über die jüngsten Vorgänge im Reichstage. In den Vortrag knüpfte sich eine lebhaft diskutierte Resolution an, in der die abermalige Bewilligung der Kriegskredite durch die Mehrheit der Reichstagsfraktion aufs schärfste verurteilt und die Aktion der Minorität mit Genugtuung begrüßt wird. Weiter begrüßt die Versammlung die führende Haltung der Minorität auf dem französischen Parteitag und den einsetzenden Kampf der englischen Arbeiter gegen die Militarisation und industrielle Verfassung ihres Landes als hoffnungsvolles Zeichen, daß der Klassenkampf für den Frieden auf internationaler Ebene auf dem Marsch ist. Es lebe die kommende dritte Internationale!

schäften nicht schädlich, sondern nützlich sind. Trotzdem bestehen die Beschränkungen für die Arbeiterorganisationen auch heute noch fort. Nach dem Kriege müssen gerade die Rechte der Gewerkschaften in erster Linie ausgedehnt werden. (Zustimmung der Genossen.) Wenn am 1. August 1914 jemand gesagt hätte, welche Bundesratsverordnungen in den nächsten zwei Jahren erlassen werden würden, welche Eingriffe in das Wirtschaftsleben kommen würden, so hätte man gesagt, dann ist Deutschland ruiniert. Aber Sie haben gesehen, wie sich die Produktion solchen Verhältnissen anpassen konnte. Wenn der Frieden kommt, wird Deutschland wieder in der Lage sein, alle Hindernisse zu überwinden und eine neue Blüte zu schaffen. Das kann aber nur geschehen, wenn man weislich genug ist, dafür Vorkehrungen zu treffen, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter nicht gehemmt, sondern gehoben wird. (Lebh. Beifall bei den Genossen.)

Abg. Jentz (Zentr.) wünscht die Errichtung einer zentralen Vergebungsstelle bei der Militärverwaltung, damit bei den Heereslieferungen die Handwerker stärker berücksichtigt werden können.

Abg. Schulenburg (Natf.) regt an, den kleinen Gewerbetreibenden und kleinen Kaufleuten im Felde öfter Urlaub zur Regelung ihrer Geschäfte in der Heimat zu geben.

Abg. Barischat (Vpt.) wünscht ebenfalls weitreichende Berücksichtigung der Handwerker bei den Heereslieferungen. Im Interesse der kleineren und mittleren Unternehmer sollten die fälligen Zahlungen bei Lieferungen möglichst rasch erfolgen. Bei der Verwendung der Reichsmittel zur Unterstützung notleidender Textilarbeiter müßten auch Vertreter der Gewerkschaften zugezogen werden.

Abg. Brandes (Soz.): Die vom Militär entlassenen Leute verlieren vom Tage der Entlassung die Wohnung und ihre Frauen die Kriegsunterstützung. Da die Leute oft in Betrieben kommen, in denen sie erst nach zwei Wochen und länger den ersten Lohn erhalten, so liegt hierin eine ungeheure Härte. — Bei der Behandlung von Ausländern sollte die Regierung entgegenkommender sein. Ein russischer Arbeiter, der lange Jahre in Deutschland, in Bitterfeld, arbeitete, und beim Herannahen des Endes der Arbeit andere Arbeit wo anders erhalten konnte, bemühte sich rechtzeitig um die Erlaubnis, dorthin zu reisen. Nach vielen Wochen hatte er noch keine Antwort, und als er nun nachgedrungen von Bitterfeld abreiste, wurde er verhaftet und nicht schwerer Bestrafung entgangen. — Den Geburtenrückgang, über den schon vor dem Kriege geklagt wurde, hat der Krieg noch verschärft. Als weiterer verschlimmernder Faktor kommt die mächtige Zunahme der Frauenarbeit in fast allen Industriezweigen hinzu. Anstatt nun die Schutzbestimmungen für Frauen auszudehnen, sind sie im Gegenteil auf Wunsch der Unternehmer außer Kraft gesetzt worden. Die Folge ist, lange Arbeitszeit, Nachtarbeit und Sonntagsarbeit. Dabei handelt es sich meist um verheiratete Frauen, die neben der Berufsarbeit noch im Hause tätig sein müssen. Entweder muß die Frau dabei selbst zugrunde gehen, oder die Kinder werden in ihrer körperlichen und sittlichen Entwicklung vernachlässigt, was sich später furchtbar rächen muß. (Sehr wichtig! bei den Genossen.) Hier muß heftig eingegriffen werden, und zwar schon in der Kriegszeit. Das kann sehr wohl geschehen, wenn die Arbeit der Frauen nicht über 8 Stunden dauert. — Nach dem Kriege werden wir zunächst recht ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse bekommen beim Aufhören der Kriegsaufträge. Rechtzeitig müssen daher Einrichtungen zur Unterstützung der Arbeitslosen getroffen werden. Es wäre eine furchtbare Enttäuschung der Kriegsteilnehmer, wenn sie bei der Rückkehr vom Reich, Staat und Gemeinde auch wieder nur auf die Zukunft vertraut werden. Rechtzeitig muß bereits eingegriffen werden und die Regierung hat alle Veranlassung, die künftigen Gemeinden zu drängen, damit wir vom Frieden nicht ebenso überrascht werden, wie es vom Kriege der Fall gewesen ist. In der Frage des Arbeitsnachweises ist aber dem Reichstag eine so magere inhaltlose Denkschrift zugegangen wie selten. Die Arbeitgeber wollen eben den Arbeitsnachweis nicht aus den Händen nehmen lassen. Hat doch die Arbeitgeberzeitung sich am 5. September 1915, also noch im Kriege, dagegen gewendet, daß Arbeiter überhaupt mit zur Beratung herangezogen werden. Der Bargfrieden soll nur die Arbeiter verpflichten, nicht auch die Unternehmer. Man weiß häufig auf die gefügigen Löhne hin, aber die Kosten der Lebenshaltung sind um durchschnittlich 70 Prozent gestiegen, die durchschnittliche Steigerung der Löhne ist weit geringer und vielfach auf zahlreiche Nebenarbeiten zurückzuführen, die den Arbeitern keineswegs erwünscht sind. Die Bestimmung, daß Sozialdemokraten nicht in Staatsbetrieben beschäftigt werden sollen, ist auch heute noch nicht aufgehoben. Vor einem halben Jahre wurde verkündet, daß sie

im wesentlichen nicht bestehe. Tatsächlich ist sie nicht beseitigt und auch ihre Wirkungen bestehen noch immer. (Hört, hört! bei den Genossen.) Hier will man eben weder ja noch nein sagen. Es müssen aber alle Hemmnisse der Koalition beseitigt werden, nur dann kann es zu einer Besserung unseres ganzen Volkstums kommen. (Beifall bei den Genossen.)

Direktor im Reichsamt des Innern Geheimrat Caspar: Es ist verfehlt worden, in der Schwerindustrie für die Frauen nur Lohnunterschichten zuzulassen. Nur teilweise ist gestattet worden, Frauen in denselben Schichten zu beschäftigen wie die Männer.

Abg. Stresemann (Natf.): Mit Eintritt des Friedens werden zwei Millionen Gefangene aus Deutschland herauskommen, die den Rückkehrenden Platz machen. Infolgedessen wird keine Arbeitslosigkeit herrschen, sondern der Arbeitsmarkt gütig liegen. — Die deutsche Arbeitgeberzeitung hat keineswegs das Recht, im Namen der gesamten deutschen Industrie zu sprechen. (Hört, hört! bei den Genossen.) Schon im Frieden waren die Inflationen der Industrie darüber verschieden, ob man mit den Arbeitern von Organisation zu Organisation verhandeln sollte.

Abg. Schirmer (Zentr.) wünscht, daß für die notleidenden Textilarbeiter etwas geschieht.

Abg. Hoch (Soz.): Die wohlwollenden Erklärungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen in der Schwerindustrie, die Geheimrat Caspar abgegeben hat, werden hoffentlich auch in die Tat umgewandelt werden. Den Optimismus des Abg. Stresemann über die günstige Lage des Arbeitsmarktes nach dem Kriege halte ich für irrig, jedenfalls kann man sich nicht darauf verlassen und muß Vorkehrungen auch für das Gegenteil treffen.

Abg. Kretsch (Kons.) betont, daß die Aktion für Ostpreußen Sache des Landtages sei.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die Ermittlung von Kriegserfrauen, die durch die Bundesratsverordnung vom 14. Januar 1915 ermöglicht worden ist, widerspricht dem Gesetz und auch dem Geist der Verordnung selbst. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, daß der Kriegsteilnehmer, der im Schützengraben liegt, ermittelt wird, das widerspricht dem Rechtsgefühl und dem Gesetz vom 4. August 1914. Durch eine ganze Reihe solcher Ermittlungen ist ungeheures Elend über Frauen von Kriegsteilnehmern gebracht. Deshalb muß eine ausdrückliche Bundesratsverordnung erlassen werden, wir können uns nicht darauf verlassen, daß in dem einen oder anderen Falle das Kammergericht ein vernünftiges Urteil fällt. Zahlreich sind die Fälle, wo im Westen und Osten des Reiches geradezu unvernünftige Urteile gefällt worden sind. Eine Frau, die bei der Ermittlung die Möbel des Mannes mitnahm, ist dafür noch extra bestraft worden. Dieses ungerechte Verfahren muß Erbitterung erregen, und schleunigst sollte der Bundesrat Remedur schaffen. (Beifall bei den Genossen.)

Abg. Stresemann (Natf.) betont gegenüber dem Abg. Kretsch, daß gerade im Interesse der Einheitlichkeit der Entscheidungen die Grundzüge dem Reichstag vorgelegt werden müßten. Auch kämen ja Reichsgelder in Betracht, die nicht nur für Ostpreußen, sondern auch für Elsaß-Lothringen gegeben werden.

Abg. Schiele (Kons.) bezieht die Leistungen der Industrie gegenüber denen der Landwirtschaft herabgesetzt zu haben.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Kretsch (Kons.) schließt die Debatte.

Die von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen, welche eine stärkere Berücksichtigung der selbständigen Handwerksmeister bei militärischen Lieferungen, ferner Reichsmittel zugunsten der notleidenden Textilarbeiter unter Hinzuziehung der Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen wünschen, weiter, daß die Grundzüge für die Entschädigung der Kriegsschäden dem Reichstag vorgelegt werden, werden angenommen.

Hierauf verlagert sich das Haus auf Sonnabend 10 Uhr. (Altersrente, Belagerungszustand, Zensur.)

Schluß 7 Uhr.

Das preussische Gesetz über die Erhöhung der Steuerzuschläge.

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Ergänzungsteuer, der den beiden Häusern des Landtags jedoch zugegangen ist, enthält folgende Bestimmungen:

§ 1.
Für die Zeit vom 1. April 1916 bis zum Beginn desjenigen Etatsjahres, für das ein nach Abschluß des Friedens

